



# Positionspapier Klimastreik zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

Verantwortlich für den Inhalt ist die AdHoc-AG CO<sub>2</sub>-Gesetz  
Version vom 13. Mai 2021

## Ein kleiner Schritt auf dem richtigen Weg

Der Klimastreik Basel hat an der Vollversammlung vom 28. 02. 2021 mit einer  $\frac{3}{4}$  Mehrheit eine "Ja, aber"-Parole beschlossen.

Zu diesem Entschluss kam es, weil wir der Meinung sind, dass das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz zwar nur ein kleiner Schritt, jedoch ein Schritt in die richtige Richtung ist. Dabei ist uns das ABER sehr wichtig, weil das CO<sub>2</sub>-Gesetz bei Weitem nicht unsere Forderungen erfüllt.

Mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz verfügt die Schweiz zum ersten Mal über ein dermassen umfassendes Klimaschutz-Massnahmenpaket. Mit dem vorgesehenen 50%-Reduktionsziel bis 2030 lässt sich das Fortschreiten der Klimakrise zwar verlangsamen, es reicht aber bei Weitem nicht aus, [unseren Beitrag](#) für eine maximale Erderwärmung von 1.5°C zu leisten. Dazu müssen die entwickelte Länder wie die Schweiz [netto null bis 2030](#) erreichen!

Wir begrüssen einige neue Instrumente des CO<sub>2</sub>-Gesetzes: Die Grenzwerte für Gebäude und Fahrzeuge sind eine sinnvolle Massnahme, da sie verbindlich die Emissionen senken. Die Klimafonds können sich auf dem Weg zu netto null als nützlich erweisen: sie dämpfen die Kosten des Umstiegs auf eine klimafreundliche Infrastruktur, und fördern erneuerbare Technologien. Den Grundsatz, durch die CO<sub>2</sub>- und die Flugticket-Abgabe versteckten Kosten (der Zerstörung der Umwelt) einen Preis zu geben, halten wir grundsätzlich für richtig. Um eine echte Kostenwahrheit zu schaffen, sind beide Abgaben aber zu niedrig angesetzt.

Durch die Rückverteilung werden die [Personen mit geringen Emissionen](#) belohnt und das sind vor allem Personen mit tiefen Einkommen. Die Berechnungen der [ETH Zürich](#) schätzen das Gesetz als sozialverträglich ein.

## Unser ABER...

Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz ist massiv ungenügend! Wir fordern netto null bis 2030 und nicht bis 2050, wie es der Bundesrat vorsieht! Das Gesetz verschont ausserdem den Finanzplatz, der [20 mal](#) so viel Emissionen verursacht als die Schweiz selber produziert. Das Gesetz setzt des Weiteren auf 12.5% Kompensation im Ausland, statt selbst dafür Verantwortung zu übernehmen. Dies sowie die Negativ-Emissionstechnologien lassen viel Raum für Greenwashing, weswegen wir skeptisch bleiben.



## **...und Doch...**

Bei der Ablehnung der Gesetz würden wir Jahre ohne jeglichen Klimaschutz verlieren. In bisherigen Tempo bleiben uns knapp [6.5 Jahre](#) bis wir Marke von 1.5°C überschreiten. Im bisherigen Tempo könnte das neue Gesetz erst 2026/2027 in Kraft treten, viel zu spät für dieses Ziel. Und setzen sich die Argumente der Klimaleugner der Erdöllobby durch, gibt es keine Garantie, dass es besser ausfällt.

Wir hoffen dass die jetzige Zusammenarbeit aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft weiterlebt und sich für weitergehende Massnahmen einsetzt. Das Gesetz muss sofort verschärft werden: Es braucht umfassendere Grenzwerte, stärkere Lenkungsabgaben, keine Schlupflöcher für die Grosskonzerne, zusammen mit umfassenden Transitions und Umschulungsprogrammen. Neue Massnahmen müssen folgen, die die Emissionen des Finanzplatzes effektiv regulieren. Unsere Vorschläge der Massnahmen sind in einer Ideensammlung und den Klima-Aktionsplan vorgeführt

## **Eine intensive Auseinandersetzung**

Auch wenn eine grosse Mehrheit des Klimastreik Basels hinter diesem Gesetz steht, hatten wir intern mehrere intensive Diskussionen. Wir haben uns ein halbes Jahr mit der Vorlage auseinandergesetzt und sind nun trotz aller Kritik und Unstimmigkeiten zum Schluss gekommen, dass eine Ablehnung der Vorlage ein Rückschritt bedeuten würde und die Schweizer Klimaschutz-Politik zurückwirft.

Die Annahme des CO<sub>2</sub> - Gesetzes interpretieren wir nicht als Massstab für erfolgreichen Klimaschutz, sondern als Zeichen der Gesellschaft, sich in Zukunft für wahren Klimaschutz zu engagieren. Das CO<sub>2</sub> -Gesetz ist nicht das Ziel, sondern dient als Zwischenetappe, auf welcher weitere Massnahmen folgen müssen.

**Deswegen wir stimmen am 13. Juni für das CO<sub>2</sub>-Gesetz, kämpfen aber weiter für netto null 2030 und umfassende Klimagerechtigkeit!**



## Hintergrund der Abstimmung

Nach fast dreijährigen Beratungen wurde das totalrevidierte [CO<sub>2</sub>-Gesetz](#) am 25. September 2020 verabschiedet und soll voraussichtlich am 1. Januar 2022 in Kraft treten.

Das Gesetz wird von den Parteien SP, die Grünen, den Grünliberalen sowie einer grossen Mehrheit der CVP- und FDP-Fraktion unterstützt. Für das Gesetz ausgesprochen haben sich ausserdem die Klima-Allianz mit über 90 NGO's und diverse Klimaorganisationen, -verbände und Unternehmen.

Das Gesetz wird auch befürwortet von der Akademie der Naturwissenschaften

Gegen das Gesetz haben sich zwei Bündnissen gebildet:

1. *klima-sozial-konsequent.ch* besteht aus den Klimastreik-Regionalgruppen Waadt, Genf, Jura, Neuenburg, Wallis und Berner Jura sowie weiteren, vornehmlich links und teilweise antikapitalistisch orientierten Gruppierungen (z.B. solidarités, décroissance alternatives, VPOD Jura, Bewegung für den Sozialismus). Gemeinsam haben sie etwa 7'000 Unterschriften gesammelt
2. *vernünftig-bleiben.ch* setzt sich aus der Erdöllobby und Autolobby, namentlich unter anderem dem Automobilclub der Schweiz, Swissoil, dem Verband Schweizer Flugplätze, etc. zusammen. Unterstützt werden diese durch die SVP. Gemeinsam haben sie etwa 110'000 Unterschriften gesammelt.

Das Referendum ist somit zustande gekommen. Das Gesetz wird am 13. Juni 2021 den stimmberechtigten Bürger\*innen zur Abstimmung vorgelegt.

Obwohl in der Bewegung ein breiter Konsens herrscht, dass das Gesetz weitgehend ungenügend sei, gehen die Meinungen über die Rolle des Klimastreiks stark auseinander. National wurde die Stimmempfehlung den Regionalgruppen überlassen: 6 Regionen stellen sich gegen das Gesetz, alle anderen enthalten sich einer Position oder haben eine Ja-Parole beschlossen